

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



20.014 sn Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Frankophonie. Bericht

Bericht der Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Frankophonie vom 31. Dezember 2019

Die Delegation vertritt die Bundesversammlung bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (Assemblée parlementaire de la Francophonie, APF) und nimmt in dieser Eigenschaft an den Sitzungen der APF und den Aktivitäten teil, welche im Rahmen der APF oder der Institutionen, denen sie angeschlossen ist, durchgeführt werden.

Die Schweizer Parlamentarierdelegation bei der APF hat ihre Rechtsgrundlage in der Verordnung der Bundesversammlung vom 28. September 2012 über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB; SR 171.117).

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation:
Der Präsident:

Jean-Pierre Grin

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Funktionsweise der APF und der Delegation
- 3 Thematische Schwerpunkte der Delegation im Berichtsjahr
- 4 Schlussfolgerungen und Perspektiven



1 Einleitung

Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie (APF) ist eine interparlamentarische Organisation, in der 88 Sektionen aus nationalen, lokalen und regionalen Parlamenten aller Kontinente vertreten sind. Dabei ist zwischen Mitgliedersektionen, assoziierten Sektionen und Sektionen mit Beobachterstatus zu unterscheiden.

Die 1967 gegründete APF – die sich damals noch internationale Vereinigung der französischsprachigen Parlamentsmitglieder (Association internationale des parlementaires de langue française, AIPLF) nannte – agiert seit 1997 als Konsultativorgan der Entscheidungsgremien der Frankophonie, d. h. der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der frankophonen Länder (allgemein als «Frankophonie-Gipfel» bekannt) sowie der Ministerkonferenz und des ständigen Rates der Frankophonie. Seit den 1990er-Jahren ist die APF stark gewachsen, da sie insbesondere mehrere Parlamente aus zentral-, ost- oder südosteuropäischen Ländern aufgenommen hat, in denen nach dem Fall der Berliner Mauer ein Demokratisierungsprozess eingesetzt hatte. Diese dynamische Entwicklung zeugt von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Attraktivität, welche die APF weltweit auf die Parlamente von Glied- und Bundesstaaten ausübt.

Auf Regierungsebene ist die Schweiz seit 1996 Mitglied der internationalen Organisation der Frankophonie (Organisation internationale de la Francophonie, OIF). Sie beteiligt sich an allen politischen Instanzen der OIF sowie an den Arbeiten der vier Institutionen der Frankophonie: der Hochschulagentur der Frankophonie (Agence universitaire de la Francophonie, AUF), TV5 Monde, der internationalen Organisation der französischsprachigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (Association internationale des maires francophones) und der Senghor-Universität. Die Delegation wird in die Beratungen des alle zwei Jahre stattfindenden Frankophonie-Gipfels einbezogen. Die Schweiz ist nach Frankreich und Kanada – zusammen mit Belgien (Wallonien-Brüssel) – die drittgrösste Geldgeberin der OIF.

Die Delegation führt Grundsatzdebatten zu Themen, die für unser Land von Interesse sind, aber auch zu den Perspektiven der Frankophonie und ihrer Regionen, insbesondere von Afrika. Dazu zieht sie neben Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung regelmässig auch Fachleute aus akademischen Kreisen, Verbänden oder internationalen Organisationen bei. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legt sie auf die Themen Kultur, Bildung und Gesundheit sowie auf den Schutz der Menschenrechte.

Da die Schweiz 2019 mit Ständerat Didier Berberat das Präsidium der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur sowie dasjenige des APF-Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria innehatte, kann die Delegation zu sämtlichen Arbeiten der APF einen wesentlichen Beitrag leisten. Darüber hinaus ist die Delegation bestrebt, sich koordiniert und gut dokumentiert in den verschiedenen Fachgremien der Versammlung einzubringen, wodurch sie sich eine hohe Glaubwürdigkeit erarbeitet hat. Die APF ist ein wertvolles Netzwerk, denn es erlaubt der Schweiz, ihre Interessen gegenüber den Delegationen aller Kontinente zu vertreten.

Zu guter Letzt richtet die Delegation ein spezielles Augenmerk auf die Umsetzung der von ihr vorgeschlagenen und von der Versammlung verabschiedeten Resolutionen. Sie bemüht sich dabei sowohl in der Schweiz als auch im Ausland um einen langfristigen Dialog zu Themen, die sie auf internationaler Ebene zur Sprache bringt, und sorgt so dafür, dass ihre Texte nicht toter Buchstabe bleiben.



Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die thematischen Schwerpunkte der Delegation im vergangenen Jahr. Eine umfassende Schilderung aller Beratungen in der APF ist nicht das Ziel dieses Berichts, die entsprechenden Informationen sowie die Resolutionen stehen auf der Website der APF auf Französisch zur Verfügung (<http://apf.francophonie.org>).

Der vorliegende Bericht liefert zunächst eine Einführung in die Funktionsweise der APF und der Schweizer Delegation (Kapitel 2) und stellt danach die Themen vor, mit denen sich die Delegation im Berichtsjahr auf internationaler Ebene (Kapitel 3.1) und intern (Kapitel 3.2) schwerpunktmässig befasste. In den Schlussfolgerungen werden die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und Denkanstösse für künftige Arbeiten gegeben (Kapitel 4).

2 Funktionsweise der APF und der Delegation

2.1 Tätigkeitsfelder und Funktionsweise der APF

Zu den Themen, mit denen sich die APF auseinandersetzt, gehören die Wahrung der demokratischen Grundsätze, der Rechtsstaatlichkeit und der guten Regierungsführung im frankophonen Raum. Sie analysiert und vergleicht zudem die sozialen Herausforderungen, mit denen die einzelnen Regionen dieses Raumes konfrontiert sind. Um die Demokratisierung in Ländern zu unterstützen, in denen dies nötig ist, engagiert sie sich zudem für Massnahmen im Bereich der Zusammenarbeit, welche die Weiterentwicklung der parlamentarischen Institutionen fördern.

Der wichtigste Anlass der APF ist die Jahrestagung, zu der alle Mitglieder der APF zusammenkommen und die im Berichtsjahr vom 5. bis zum 9. Juli 2019 in Abidjan (Côte d'Ivoire) stattfand. An der Jahrestagung werden die höchsten Vertreterinnen und Vertreter der OIF angehört und wird eine Grundsatzdebatte über ein Thema geführt, das im Vorfeld vom Gastgeberparlament der Tagung festgelegt wurde. Ausserdem verabschiedet sie Stellungnahmen und Empfehlungen zuhanden der am Frankophonie-Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs und behandelt Geschäfte, die zuvor in den vier Kommissionen und den beiden Netzwerken der APF debattiert wurden. Diese parlamentarischen Fachgremien sind: die politische Kommission, die Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur, die Kommission für parlamentarische Fragen, die Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung, das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria, das Parlamentarierinnen-Netzwerk sowie das Netzwerk junger Parlamentsmitglieder.

Diese Gremien treffen sich zu zwei Sitzungen pro Jahr, die zwischen den Jahrestagungen und an deren Rande stattfinden. Sie prüfen von den nationalen Delegationen eingereichte Berichte und Resolutionsentwürfe zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen, die für die frankophone Gemeinschaft von Interesse sind.

Da die APF-Mitglieder aus der ganzen Welt stammen, treffen sie sich auch zu Regionalversammlungen, um regionsspezifische Themen zu besprechen. Folgende Regionen sind in der APF vertreten: Afrika, Amerika, Asien-Pazifik und Europa.

Die Versammlung der Region Europa (Assemblée régionale Europe, ARE) wird jedes Jahr auf Einladung einer ihrer Delegationen durchgeführt. Im Jahr 2019 fand die ARE auf Einladung der jurassischen Delegation vom 13. bis zum 16. November in Delsberg statt. Vor der ARE findet jeweils die Tagung der Delegationspräsidentinnen und -präsidenten der Region Europa statt, die der Vorbereitung der Regionalversammlung dient.



2.2 Zusammensetzung und Organisation der Schweizer Delegation

Die Schweizer Delegation bei der APF besteht aus fünf ordentlichen Mitgliedern sowie fünf Ersatzmitgliedern, von denen jeweils drei dem Nationalrat und zwei dem Ständerat angehören (Art. 6 Abs. 1 Bst. d VPiB; SR 171.117). Sie konstituiert sich jeweils für vier Jahre selbst und bestimmt für die Dauer von zwei Jahren eine Präsidentin beziehungsweise einen Präsidenten und eine Vizepräsidentin beziehungsweise einen Vizepräsidenten (Art. 7 Abs. 1 VPiB).

Die Schweiz verfügt in jeder Kommission und in allen drei Netzwerken der APF über einen Sitz. Die Sitze werden während der konstituierenden Sitzung der Delegation einem ordentlichen Mitglied für die Dauer einer Legislaturperiode zugeteilt. Die Präsidentinnen oder Präsidenten dieser Gremien werden von der APF gewählt, das Amt kann sowohl von ordentlichen Mitgliedern als auch von Ersatzmitgliedern der Delegationen ausgeübt werden.

Im Jahr 2019 stand die Delegation unter der Leitung von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP, VD), Mitglied der Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung.

Neben dem Präsidenten gehörten der Delegation folgende Mitglieder an:

- Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP, JU), Vizepräsidentin der Delegation und Mitglied der politischen Kommission;
- Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD), Mitglied der Kommission für parlamentarische Fragen;
- Ständerat Christian Levrat (SP, FR), Mitglied des Büros, der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur sowie des Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria;
- Nationalrat Mathias Reynard (SP, VS), Mitglied des Parlamentarierinnen-Netzwerks;
- Ständerat Didier Berberat (SP, NE), Ersatzmitglied, Mitglied des Büros, Präsident der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur und des Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria;
- Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP, FR), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Raymond Clottu (SVP, NE), Ersatzmitglied;
- Ständerat Raphaël Comte (FDP, NE), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Jacques Nicolet (SVP, VD), Ersatzmitglied.

Nach der Eröffnung der 50. Legislatur fand am 16. Dezember 2019 die konstituierende Sitzung der Delegation statt. Die neu von Laurent Wehrli (FDP, VD) präsidierte Delegation setzt sich künftig wie folgt zusammen:

- Nationalrat Laurent Wehrli (FDP, VD), Präsident der Delegation und Mitglied der politischen Kommission;
- Ständerat Charles Juillard (CVP, JU), Vizepräsident der Delegation und Mitglied der Kommission für parlamentarische Fragen;
- Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP, VD), Mitglied des Büros und der Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung;
- Ständerat Christian Levrat (SP, FR), Mitglied des Büros und Präsident der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur;
- Nationalrat Mathias Reynard (SP, VS), Mitglied der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur und des Netzwerks für junge Parlamentsmitglieder;
- Ständerat Philippe Bauer (FDP, NE), Ersatzmitglied;
- Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP, FR), Ersatzmitglied und Mitglied des Parlamentarierinnen-Netzwerks;
- Nationalrat Jacques Nicolet (SVP, VD), Ersatzmitglied;



- Ständerat Carlo Sommaruga (SP, GE), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Nicolas Walder (GPS, GE), Ersatzmitglied.

Die Schweizer Delegation trifft sich regelmässig in Bern, um sich auf die bevorstehenden Sitzungen der APF vorzubereiten, sich über die neusten Entwicklungen im frankophonen Raum zu informieren und eine Kontrolle der vorgängigen und laufenden Arbeiten durchzuführen. Im Berichtsjahr trat die Delegation zu fünf ordentlichen Sitzungen zusammen, und zwar am 16. Januar, 29. Mai, 4. September, 30. Oktober und 16. Dezember.

2.3 Internationale Mandate

Im Jahr 2019 gab es wesentliche Änderungen in Bezug auf die internationalen Mandate der Delegation.

Zum einen konnte die Delegation das Präsidium der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (Commission de l'éducation, de la communication et des affaires culturelles, CECAC) halten. Die Kommission wurde bis zum Ende der 49. Legislatur vom damaligen Ständerat Didier Berberat präsiert und steht nun unter der Leitung von Ständerat Christian Levrat. Letzterer wurde von der CECAC im Juli 2019 in Abidjan in diese Schlüsselfunktion gewählt. Der Vorsitz einer APF-Kommission ermöglicht der Schweiz, ihre Sichtbarkeit und ihren Einfluss innerhalb der Institutionen der Frankophonie stark zu erhöhen.

Zum anderen gewährten die beiden Räte im Dezember einen Kredit zur Entsendung einer bzw. eines Mitarbeitenden der Parlamentsdienste zum Generalsekretariat der APF. Mit diesem Entscheid gaben sie einer Initiative der Delegation Folge, die wünschte, dass sich die Schweiz – im gleichen Rahmen wie die Parlamente Kanadas, Frankreichs, Québecs und Walloniens – an den Arbeiten der APF beteiligt.

2.4 Reisekosten der Delegation

Im Jahr 2019 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Flug- und Zugbillette) auf 39 452 Franken.

3 Thematische Schwerpunkte der Delegation im Berichtsjahr

Seit 2015 lädt die Delegation systematisch Fachleute aus akademischen und institutionellen Kreisen oder aus Verbänden zu ihren ordentlichen Sitzungen ein. Sie kann auf diese Weise ihre Kenntnisse zu spezifischen Themen vertiefen und erhält zudem eine Sicht von aussen und damit eine neue Perspektive.

Einige dieser Themen gehören zu den Schwerpunkten, welche die Delegation vor den internationalen Gremien der Frankophonie und deren Partnerorganisationen zur Sprache bringt. Andere wiederum werden intern behandelt und ermöglichen der Delegation ein besseres Verständnis der politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die Länder des frankophonen Raums konfrontiert sind.

3.1 Themenbeiträge der Delegation auf der internationalen Bühne der Frankophonie

Im Jahr 2019 konnte die Delegation die umfangreichen, in den Vorjahren begonnenen Arbeiten fortsetzen, um auf internationaler Ebene ihre Position zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Bekämpfung der Lebensmittelverluste und der Lebensmittelverschwendung, zur Abschaffung der Todesstrafe und zum Schutz persönlicher Daten einzubringen.



Angesichts der Budgetkürzungen, die TV5 Monde drohen, erinnerte sie zudem daran, wie wichtig es ist, den Fernsehsender und seine multilaterale Finanzierung zu erhalten. Sie meldete sich ausserdem in einer von der jurassischen APF-Delegation organisierten und sehr lebhaft geführten Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Rechtsgrundsatz zu Wort.

3.1.1 Grenzüberschreitender Frauen- und Kinderhandel im frankophonen Raum

Die Bekämpfung des Menschenhandels ist ein Thema, dem die politischen Akteure – sowohl in der Schweiz als auch im Ausland – nur wenig Aufmerksamkeit schenken. Nationalrat Mathias Reynard hat deshalb im Rahmen des Netzwerks für die Gleichstellung von Mann und Frau die Ausarbeitung eines Berichts zu diesem Thema vorangetrieben. In erster Linie soll dieser Bericht erläutern, weshalb sich die Politik zu diesem allgemein anerkannten und von den Organisationen der Zivilgesellschaft und den internationalen Institutionen ausführlich beschriebenen Verbrechen ausschweigt.

Bei den Vorarbeiten, die unter der Leitung der Delegation und gemeinsam mit den anderen Delegationen vorgenommen wurden, wurden mehrere Ursachen für die Untätigkeit der Politik erkannt. Zunächst einmal kann dieses Phänomen nicht präzise beziffert werden. Zudem hat es kaum Einfluss auf die öffentliche Meinung, da es sich um eine Form der Kriminalität handelt, die im Verborgenen stattfindet und somit keine sichtbaren Auswirkungen auf die Bevölkerung hat. Ausserdem wird die Aufdeckung des Menschenhandels dadurch erschwert, dass die Opfer oftmals kein Interesse daran haben, die Täter anzuzeigen, da sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen stehen. Ferner gestaltet sich die strafrechtliche Verfolgung des Menschenhandels besonders schwierig.

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) veröffentlichte ebenfalls angesichts der ausbleibenden Reaktion der Politik vor Kurzem Schätzungen zum globalen Menschenhandel, die auf umfangreichen statistischen Erhebungen beruhen: Demnach werden jedes Jahr 40 Millionen Menschen weltweit Opfer des Menschenhandels, 71 Prozent davon sind Frauen. Vor diesem Hintergrund präsentierte Mathias Reynard im Juli 2018 in Québec (Kanada) eine erste Grundsatzresolution. Diese unterstreicht, dass staatliche oder halbstaatliche Stellen auch dann zwingend gegen den Menschenhandel vorgehen müssen, wenn das Phänomen nicht durch offizielle nationale Zahlen belegt ist. Die Mitglieder der APF wurden aufgerufen, uneingeschränkt Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben, damit diese alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Menschenhandel zu unterbinden.

Nach dieser ersten Phase und einer Studie, welche die Situation in den Ländern des frankophonen Raums vergleicht, wurde der Schweizer Bericht um einen detaillierten Katalog von Massnahmen ergänzt, die in verschiedenen Ländern zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels ergriffen werden. Der Schlussbericht, der das Ergebnis beider Arbeitsphasen ist, wurde im Juli 2019 in Abidjan (Côte d'Ivoire) vor dem Gleichstellungsnetzwerk präsentiert. Er wurde begleitet von einer Resolution, welche die Parlamente aufruft, Massnahmen für eine wirksame Bekämpfung des Menschenhandels zu ergreifen.

Da die Schweiz vom Phänomen des Menschenhandels ebenfalls betroffen ist, befasste sich die Delegation parallel zu den von Nationalrat Reynard geleiteten internationalen Arbeiten auch mit der Situation im Inland. Seit 2017 führt sie zukunftsorientierte Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der akademischen Kreise sowie der öffentlichen Verwaltung. Aus diesen ging u. a. hervor, dass unter den verschiedenen Formen der Ausbeutung die Ausbeutung der



Arbeitskraft eine der häufigsten Formen in der Schweiz ist. Diese Erkenntnis ist neu, da die sexuelle Ausbeutung in der Schweiz lange Zeit als einzige Form der Ausbeutung im Zusammenhang mit dem Menschenhandel galt. Die am stärksten betroffenen Wirtschaftssektoren sind der Bau, die Hauswirtschaft, die Hotellerie, das Gastgewerbe, irreguläre Tätigkeitsbereiche (z. B. Bettel und Diebstahl) und – in geringerem Ausmass – die Landwirtschaft. In der Schweiz gibt es Stimmen, die eine Verschärfung der Strafnormen zur Arbeitsausbeutung fordern, damit dieses Verbrechen – so wie die sexuelle Ausbeutung – härter bestraft werden kann.

Die Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz ist verbesserungswürdig. Dies zumindest ist die Schlussfolgerung der Schweizer Delegation nach den Gesprächen mit den anderen Delegationen des frankophonen Raums. So gilt es, die Koordination zwischen den zahlreichen staatlichen Akteuren, den Organisationen der Zivilgesellschaft und den anderen Akteuren, die an der Aufdeckung des Menschenhandels mitwirken, zu verbessern. Die Bekämpfung des Menschenhandels in der Schweiz sollte sichtbarer gemacht werden, z. B. durch die Schaffung der Stelle einer nationalen Berichterstatteurin bzw. eines nationalen Berichterstatters, die bzw. der sich dieser Problematik annimmt. Dies hat sich in mehreren europäischen Ländern bereits bewährt und wird auch vom Europarat empfohlen.

Ferner könnten Lehren aus einer Evaluation der Umsetzung des zweiten nationalen Aktionsplans gegen den Menschenhandel 2017–2020 gezogen werden, der 2016 von den zuständigen Stellen verabschiedet wurde.

Der [Schlussbericht](#) und die Schweizer [Resolution](#) über internationalen Menschenhandel können in französischer Sprache auf der Webseite der Delegation unter der Rubrik «[Aktivitäten](#)» eingesehen werden.

3.1.2 Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung im frankophonen Raum

Nationalrat Jean-Pierre Grin war an der Sitzung des Ausschusses für Zusammenarbeit und Entwicklung im Juli 2018 in Québec beauftragt worden, einen Bericht zu den Verlusten und zur Verschwendung von Lebensmitteln in den frankophonen Ländern zu verfassen.

Es handelt sich um ein weltweites Problem, das Teil der Agenda 2030 ist und dort unter dem Nachhaltigkeitsziel 12 «für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen» aufgegriffen wird. Die Problematik zeigt sich in den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens nicht in der gleichen Form. Während sich die Länder des Nordens um eine Reduktion der Lebensmittelverschwendung bemühen sollten, braucht es in den Ländern des Südens dringend öffentliche Massnahmen, um die Nachernteverluste zu verringern und so die Hungersnot zu bekämpfen.

Ein Drittel der weltweit produzierten Nahrungsmittel geht verloren oder wird verschwendet. Diese Verluste wiegen umso schwerer, als auf der Welt über 800 Millionen Menschen Hunger leiden. Im Rahmen von Unterziel 12.3 der Nachhaltigkeitsziele haben sich die Länder verpflichtet, dazu beizutragen, dass die pro Kopf anfallenden Nahrungsmittelabfälle auf Einzelhandels- und Verbraucherebene bis 2030 weltweit halbiert und die Nahrungsmittelverluste entlang der Wertschöpfungskette – insbesondere die Nachernteverluste – reduziert werden.

Nach der Konsultation der anderen Delegationen zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2019 präsentierte Jean-Pierre Grin im Juli 2019 in Abidjan seinen Schlussbericht. Neben einem auf der Grundlage von Daten aus mehreren frankophonen Ländern erstellten Überblick über die Situation im



Allgemeinen zeigt dieser die Strategien auf, welche von den Regierungen und Parlamenten angewandt werden, um den Lebensmittelverlusten Einhalt zu gebieten. Er präsentiert sowohl die staatlichen Massnahmen als auch die privaten Aktionen in diesem Bereich und stellt so einen Katalog bewährter Methoden dar.

Zur weiteren Vertiefung des Berichts führte die Delegation Anhörungen durch, um mehr über die Situation in der Schweiz zu erfahren. Nachdem sie im Jahr 2018 zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung geführt hatte, befasste sie sich 2019 mit einem spezifischeren Punkt der Problematik, und zwar den Menschen, die von der Viehzucht abhängig sind, um in bestimmten Ländern des Südens zu überleben. Sie hörte in diesem Zusammenhang Vertreterinnen und Vertreter der Nichtregierungsorganisation «Vétérinaires sans frontières Suisse» (VSF-Suisse) an, die mit ihrem Einsatz die Verbreitung von Rinderkrankheiten und den dadurch verursachten Nahrungsmittelverlust bekämpft und damit zu einer konkreten Verbesserung der Lebensmittelsicherheit beiträgt. Gleichzeitig dämmt VSF-Suisse so die Einkommensverluste der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein, wodurch deren Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung verbessert wird.

Die Delegation wird ihre Arbeiten zu diesem Thema im Jahr 2020 fortsetzen, dies umso mehr, als Nationalrat Grin vom Ausschuss für Zusammenarbeit und Entwicklung den Auftrag erhalten hat, einen Resolutionsentwurf vorzulegen, welcher die Regierungen und Parlamente des frankophonen Raums dazu aufruft, wirksame Massnahmen zur Verringerung der Lebensmittelverluste und der Lebensmittelverschwendung zu ergreifen.

Der [Schlussbericht](#) kann in französischer Sprache auf der Webseite der Delegation unter der Rubrik «[Aktivitäten](#)» eingesehen werden.

3.1.3 Abschaffung der Todesstrafe im frankophonen Raum

Ständerätin Anne Seydoux-Christe befasste sich ab der Sitzung des politischen Ausschusses im Frühjahr 2016 mit einem Bericht über die Abschaffung der Todesstrafe im frankophonen Raum und über die Rolle der Parlamente in diesem Prozess. Nach der Annahme des Schlussberichts durch den Ausschuss im März 2018 erreichte Ständerätin Seydoux-Christe, dass im Juli 2018 in Québec eine pragmatische, aber dennoch ehrgeizige Resolution zu diesem Thema verabschiedet wurde.

Es muss festgehalten werden, dass sich die Gespräche mit den Ländern, die auf der Todesstrafe beharren, schwierig gestalten und teils auf grossen Widerstand stossen. Aus diesem Grund beschloss Anne Seydoux-Christe, einen gemässigten Text vorzulegen, der nicht stigmatisiert, sondern Anreize schafft. Dieser verweist auf die einschlägigen Grundrechte, namentlich das Recht auf ein gerechtes Verfahren und das Verbot, die Todesstrafe willkürlich und diskriminierend zu verhängen. Zudem werden die Länder, welche die Todesstrafe ausgesetzt haben, aufgefordert, unter allen Umständen am Moratorium für Hinrichtungen festzuhalten. Ausserdem wird betont, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine wichtige Rolle dabei spielen, die Bevölkerung über die ausbleibende Abschreckungswirkung der Todesstrafe zu informieren und eine landesweite Debatte über die Todesstrafe anzustossen.

Die anhaltenden Bemühungen von Ständerätin Seydoux-Christe und der Schweizer Delegation zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe oder zumindest zur Aufrechterhaltung des Dialogs mit den an der Todesstrafe festhaltenden Ländern zeigten in der APF nachhaltige Wirkung. Der politische Ausschuss beschloss beispielsweise im Juli 2019 einstimmig, einmal pro Jahr im Anhang des Berichts über die politische Lage im frankophonen Raum einen Überblick über den Stand und die



Entwicklungen in Sachen Todesstrafe in den jeweiligen Ländern zu geben. Anne Seydoux-Christe machte sich auch im Berichtsjahr weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe im frankophonen Raum stark. So sprach sie im Namen der APF am Weltkongress gegen die Todesstrafe, der vom 28. Februar bis zum 1. März 2019 in Brüssel stattfand.

Die Delegation weist ferner darauf hin, dass die Länder, welche die Todesstrafe abgeschafft haben, gegenüber Bestrebungen zu deren Wiedereinführung wachsam bleiben sollten. Nicht selten kommt es vor, dass die Öffentlichkeit als Reaktion auf besonders verabscheuungswürdige Verbrechen die Wiedereinführung der Todesstrafe verlangt. So sei daran erinnert, dass es in der Schweiz 2010 eine Volksinitiative zur Wiedereinführung der Todesstrafe bei Mord oder vorsätzlicher Tötung mit sexuellem Missbrauch gab, die allerdings wenige Tage, nachdem sie von der Bundeskanzlei für gültig erklärt worden war, von den Initiantinnen und Initianten zurückgezogen wurde.

Der [Schlussbericht](#) und die Schweizer [Resolution](#) können in französischer Sprache auf der Webseite der Delegation unter der Rubrik «[Aktivitäten](#)» eingesehen werden.

3.1.4 Schutz persönlicher Daten im frankophonen Raum

Der Ausschuss für parlamentarische Fragen befasst sich seit mehreren Jahren mit dem Datenschutz, einer Arbeit, in die sich Nationalrat Fathi Derder intensiv eingebracht hat.

Fathi Derder und seine Ausschussskolleginnen und -kollegen untersuchten und verglichen 2019 die Instrumente, die den Regierungen im frankophonen Raum zum Schutz der Privatsphäre zur Verfügung stehen, sowie die Massnahmen, die in diesem Bereich ergriffen wurden. Das Ergebnis dieser Arbeiten ist ein Bericht, der im Juli 2019 in Abidjan (Côte d'Ivoire) vorgelegt wurde und der aufzeigt, wie wichtig Transparenz, Kontrolle sowie Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger bei der Datensammlung und -nutzung sind.

Angesichts der wachsenden Bedeutung der Digitalisierung in der ganzen Welt ist festzuhalten, dass es in Bezug auf die Herangehensweise an dieses Thema keine grossen Meinungsverschiedenheiten zwischen den frankophonen Ländern des Nordens und des Südens gibt. Zahlreiche Länder des Nordens sind Mitglieder der Europäischen Union (EU) und haben dementsprechend die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) angenommen. Diese ehrgeizige Verordnung nimmt eine Pionierrolle ein und dient vielen anderen Ländern des frankophonen Raums als Vorbild.

Die Arbeiten zum Datenschutz erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der frankophonen Vereinigung der Datenschutzbehörden (AFAPDP). Sie ergaben, dass die multinationalen Konzerne einen deutlichen Vorsprung gegenüber den Regulierungs- und Aufsichtsbehörden haben, wenn es darum geht, die Auswirkungen des raschen technischen Fortschritts auf die Privatsphäre der Menschen anzugehen. Es wurde somit anerkannt, dass der technische Fortschritt von den Kontrollbehörden kontinuierlich verfolgt werden muss, damit die Parlamente rasch gesetzgeberisch tätig werden können.

Nach Abschluss dieser Arbeiten wurde in Abidjan unter Federführung des Ausschusses der Entwurf eines Rahmengesetzes erarbeitet, welches die Parlamente, die noch keine Vorschriften zum Schutz persönlicher Daten erlassen haben, bei ihrer Arbeit unterstützen soll.

In der Schweiz ist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ebenfalls ein wichtiger Akteur in dieser Debatte, da es in Sachen Sicherheit mit einer zweifachen Herausforderung konfrontiert ist: Während die Kriegsoffer einen raschen Zugang zu Kommunikationsmitteln benötigen, muss ihre



Identität zwingend geschützt und der Zugang zu ihren persönlichen Daten gesichert werden. Es wird daher immer wieder ein sehr hoher Schutz persönlicher Daten gefordert. Eine klare Positionierung der Schweiz bei diesem Thema entspricht somit auch ihrer humanitären Tradition. Heute werden wichtige Initiativen umgesetzt, durch welche die Schweiz zu einem Vorbild für Sicherheit und Internetethik werden kann.

Die Delegation hatte im September 2018 zahlreiche Anhörungen zur globalen digitalen Gouvernanz durchgeführt. Unter den Referentinnen und Referenten aus den akademischen Kreisen und der Zivilgesellschaft war auch ein IKRK-Vertreter gewesen, welcher über die Chancen und Herausforderungen gesprochen hatte, die sich im Zusammenhang mit dem Schutz persönlicher Daten für die Arbeit der Organisation ergeben.

3.1.5 Gemeinsame Finanzierung des Fernsehsenders TV5 Monde

Im Juni 2018 kursierten in der frankophonen Presse Gerüchte, wonach Frankreich seine Beiträge an den Fernsehsender TV5 Monde deutlich kürzen wolle. Diese Gerüchte beunruhigten die anderen Geldgeber des Fernsehsenders, d. h. die Schweiz, Belgien und Kanada. Auf Initiative von Ständerat Christian Levrat reichte die Delegation in Québec eine Resolution ein, welche die Bedeutung des Fernsehsenders für die Frankophonie unterstreicht.

An der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kommunikation und Kultur im Juli 2019 in Abidjan setzte Christian Levrat seine Bemühungen in diesem Bereich fort und suchte namentlich das Gespräch mit der französischen Delegation. Dieses erwies sich als sehr konstruktiv, da es zu einer Sensibilisierung der französischen Regierung für die Bedeutung des Senders beitrug. Folglich wurde das Budget des Senders vorerst nur minim gekürzt. Die Autonomie von TV5 Monde kann durch die umfassende Reform der audiovisuellen Medien in Frankreich sicherlich nicht infrage gestellt werden, da der Sender im Rahmen einer internationalen Partnerschaft betrieben wird. Dennoch ist Wachsamkeit geboten, da die französischen Mittel an den Sender auf lange Sicht gekürzt werden könnten.

Intern setzte die Delegation im Jahr 2019 ihre Gespräche mit dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) fort. Sie zeigt sich insbesondere über die Schwierigkeiten der Schweiz besorgt, in die neue digitale Strategie von TV5 Monde eingebunden zu werden, für welche Kanada zusätzliche Beiträge in grossem Umfang geleistet hat. Die Delegation würde es begrüssen, wenn sich die Schweiz stärker an dieser Strategie beteiligen würde – auch wenn diese nicht ganz ohne Risiko ist. Denn sollte die Bereitstellung von Inhalten die traditionellen Programme verdrängen, könnte dadurch die Visibilität der Schweiz – insbesondere in Afrika – beeinträchtigt werden. TV5 Monde überträgt Sendungen von Fernsehsendern der Beitragsländer – darunter solche von RTS – und macht diese Sendungen somit einem breiten Publikum weltweit zugänglich. Derzeit wird beispielsweise die Tagesschau der RTS von Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern in Afrika geschaut.

Für die APF ist TV5 Monde das Verbindungsglied zwischen den Ländern der Frankophonie. Aus diesem Grund engagiert sich die Delegation in dieser Angelegenheit sehr, vor allem über den Ausschuss für Bildung, Kommunikation und Kultur. Die Vertreterinnen und Vertreter der APF treffen sich regelmässig mit den Verantwortlichen des Senders.

Die Schweizer [Resolution](#) zur Finanzierung von TV5 Monde kann in französischer Sprache auf der Webseite der Delegation unter der Rubrik «[Aktivitäten](#)» eingesehen werden.



3.1.6 Selbstbestimmung der Völker und Volksrechte

Die Regionalversammlung Europa der APF fand dieses Jahr am 14. und 15. November in Delsberg im Kanton Jura statt. Die jurassischen Gastgeberinnen und Gastgeber, die 2019 das 40-jährige Bestehen des Kantons Jura feierten, legten dabei den Schwerpunkt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Rechtsgrundsatz.

An diesem angeregten Austausch nahmen u. a. die katalanische, die kaledonische, die serbische und die armenische APF-Delegation teil, die von dieser Problematik unmittelbar betroffen sind. Ständerat Didier Berberat erläuterte im Namen der Schweizer Delegation die institutionellen Besonderheiten der Schweiz (Föderalismus und Volksabstimmungen), die damals massgebend für die Anerkennung des neuen Kantons Jura auf Bundesebene gewesen waren.

Das Thema der direkten Demokratie und der Bürgerinitiative im Gesetzgebungsverfahren stand ebenfalls auf dem Programm dieser Versammlung.

3.2 Intern behandelte Themen der Delegation

Die Delegation führt nicht nur zahlreiche Anhörungen zur Ausarbeitung ihrer Berichte und Resolutionsentwürfe durch, sondern führt an ihren Sitzungen auch Grundsatzdebatten zu den Perspektiven der Frankophonie und von deren Regionen. Darüber hinaus kommt sie regelmässig auf die von ihr vor der APF präsentierten Resolutionen zurück, um diese einer internen Überprüfung zu unterziehen.

Im Jahr 2019 befasste sich die Delegation u. a. mit den Beziehungen zwischen Afrika und China, insbesondere im Rahmen des Projekts «Neue Seidenstrasse». Die Prävention von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die 2017 Gegenstand einer Resolution gewesen war, war an den vier jährlichen Sitzungen der Delegation ebenfalls eines der Schwerpunktthemen.

3.2.1 Beziehungen zwischen China und Afrika

Die Delegation befasste sich an ihren ordentlichen Sitzungen zweimal mit den Beziehungen zwischen China und Afrika, die sich insbesondere im Rahmen des chinesischen Projekts «Neue Seidenstrasse» intensivieren. China hat zahlreiche Interessen in Afrika, sei es im Bereich der Infrastruktur, der Sicherheit, der Politik oder der Kultur.

Der Ausbau der Infrastruktur und die Verbesserung der Konnektivität haben für China Priorität. Das Land investiert seit Langem enorme Summen in die afrikanische Infrastruktur. Am China-Afrika-Kooperationsforum von September 2018 verpflichtete sich China, innerhalb von zwei Jahren 60 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaftsentwicklung Afrikas zu investieren. Damit konnten andere potenzielle Partner nicht mithalten. Mit diesen Investitionen verfolgt China eine langfristige Strategie. Das Land möchte sich so den Zugang zu Rohstoffen dauerhaft sichern, welchen ihm die afrikanischen Länder als Gegenleistung für diese umfangreichen Mittel gewähren. Zu diesem Zweck verstärkt China – parallel zum Ausbau der Infrastruktur – seine Militärbasen auf dem Kontinent, insbesondere an der Ostküste Afrikas.

Auf politischer Ebene und aufgrund seiner Position der Nichteinmischung, die das Land in der UNO vertritt, gewinnt China auch auf dem afrikanischen Kontinent an Einfluss. Nur um ein Beispiel zu nennen: Der Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs für die Region der Grossen Seen – also im frankophonen Afrika –, der im Januar 2019 ernannt wurde, stammt aus China und hat für das chinesische Aussenministerium gearbeitet. Die chinesische Politik der Nichteinmischung beruhigt die



regionalen multilateralen Organisationen wie die Afrikanische Union, bringt den Westen jedoch in eine heikle Lage. Der wirtschaftlichen und politischen Verankerung Chinas in Afrika ist es zu verdanken, dass sich in der Taiwan-Frage immer mehr afrikanische Staaten auf die Seite Chinas schlagen.

Auch im kulturellen Bereich übt China grossen Einfluss auf den afrikanischen Kontinent aus. In den letzten Jahren wurden dort viele Konfuzius-Institute eröffnet. China finanziert mit beträchtlichen Summen Stipendien für Afrikanerinnen und Afrikaner, die in China studieren möchten. Bei bestimmten sensiblen sozialen Themen scheinen China und Afrika – zumindest vordergründig – dieselbe Sprache zu sprechen, obwohl sich der kulturelle Kontext stark unterscheidet.

Der Westen nimmt die chinesische Präsenz in Afrika als Bedrohung wahr. Afrika wiederum behauptet, dass China das macht, was der Westen schon seit Langem nicht mehr tut, z. B. Infrastruktur aufzubauen. Auch auf dem afrikanischen Kontinent gibt es Stimmen, die sich gegen die Präsenz Chinas erheben, allerdings stellen diese nur eine marginale Minderheit dar. Vorgeworfen wird China, dass es zwar massiv baut, jedoch nur eigene Arbeitskräfte und eigenes Know-how einsetzt und der afrikanische Arbeitsmarkt folglich nicht von den Bauprojekten profitiert. Auch Umweltprobleme werden thematisiert. So haben beispielsweise in Ghana mehrere handwerklich betriebene Minen in chinesischer Hand verheerende Umweltschäden angerichtet, was auf breites Medienecho stiess und schliesslich auch in der ghanaischen Politik eine Debatte ausgelöst hat. Zu guter Letzt scheint die Omnipräsenz Chinas in der zeitgenössischen Kunst in Afrika auch im afrikanischen Kunstmilieu auf Ablehnung zu stossen, das darin einen Versuch der Neokolonialisierung sieht.

3.2.2 Prävention von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung

Am 29. Oktober 2019 hielt die Delegation eine ihrer ordentlichen Sitzungen im Waadtländer Grossen Rat in Lausanne ab. Sie befasste sich dort mit der im Juli 2017 von der APF verabschiedeten Resolution von Ständerat Christian Levrat zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, der zu Terrorismus führen kann. Die Resolution fordert insbesondere die nationalen Behörden auf, die am meisten gefährdeten Gemeinschaften zu stärken durch interreligiösen Dialog, sozioökonomische Integrationsmassnahmen, die Ausrichtung sozialer Massnahmen auf die jugend- und frauenspezifischen Probleme sowie durch die Berücksichtigung des Phänomens der Radikalisierung beim Strafvollzug – alles Aufgaben, die in der Schweiz in den Kompetenzbereich der Kantone und Gemeinden fallen.

Die Arbeiten, die zu der von der Schweizer Delegation eingereichten Resolution führten, beruhen weitgehend auf dem Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, der unter der Leitung des Delegierten des Sicherheitsverbunds Schweiz (SVS) erarbeitet wurde und von dem der Bundesrat im Dezember 2017 Kenntnis nahm. Dieser Aktionsplan ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Er ist auf Prävention und die frühzeitige Erkennung von Terrorismus ausgerichtet und Teil der Schweizer Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die – wie der Entwurf des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) – weitere repressive Massnahmen vorsieht. Aufgrund seines interdisziplinären und auf Nähe beruhenden Ansatzes, der auf allen staatlichen Ebenen zur Anwendung kommt, erfordert dieser Aktionsplan ein grosses Engagement der kantonalen und städtischen Behörden.

In Lausanne interessierte sich die Delegation deshalb für die Waadtländer Massnahmen zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, die im September 2018 als



Reaktion auf die Interpellation einer Waadtländer APF-Delegierten eingeführt worden waren. Um sich ein Bild zu machen, unterhielt sich die Delegation mit dem Regierungsstatthalter des Bezirks von Lausanne, welcher die interdisziplinäre Arbeitsgruppe für die Einzelbetreuung von sich radikalisierenden Personen leitet, sowie mit dem kantonalen Religionsdelegierten.

Zur Anwendung kommt ein personenbezogenes Konzept, da sich die in anderen Ländern getesteten Programme zur Deradikalisierung von Personen in einer geschlossenen sozialpädagogischen Einrichtung nicht bewährt haben. Die Waadtländer Behörden wenden einen interdisziplinären Ansatz an, bei dem die städtischen und kantonalen Akteure vor Ort einbezogen werden, gehen fallweise vor und berücksichtigen die Eigenheiten, das Umfeld und die Biografie der betroffenen Personen. Ziel ist es, die Personen zu einem «Ausstieg» zu bewegen und gesellschaftlich zu reintegrieren. Grosser Wert wird dabei auf die Ausbildung und die Sensibilisierung der Akteure vor Ort gelegt, d. h. Sozialarbeitende, Lehrkräfte, Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie alle anderen Personen, die eine Radikalisierung feststellen können. Auch eine Hotline wurde eingerichtet, damit die Öffentlichkeit Verdachtsfälle von Radikalisierung melden kann.

Ausserdem sehen die Waadtländer Massnahmen auch eine Bekämpfung von terrorismusaffinen Ideologien und eine enge Zusammenarbeit mit religiösen Vereinen vor. Der Kanton Waadt hatte sich 2003 eine Verfassung gegeben, die den Beitrag der Kirchen und religiösen Gemeinschaften zum sozialen Zusammenhalt und zur Weitergabe von Grundwerten anerkennt. So kann den religiösen Vereinen unter bestimmten Bedingungen, die in einem Ausführungsreglement von 2014 festgelegt sind, der Status einer gemeinnützigen Einrichtung zugesprochen werden. Diese Anerkennung berechtigt u. a. dazu, in Spitälern und Haftanstalten seelsorgerisch tätig zu sein und von Steuerentlastungen und bestimmten Finanzhilfen zu profitieren. Die religiösen Vereine erhalten auf diese Weise Zugang zu Häftlingen, die sich im Gefängnis radikalieren könnten. Zudem wird so die bewährte Praxis der grossen Mehrheit der Gläubigen der einzelnen Religionsgemeinschaften im Kanton gefördert, die selbst Kollateralopfer von Radikalisierung sind und daher auf keinen Fall damit in Verbindung gebracht werden möchten.

Die Schweizer [Resolution](#) zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung kann in französischer Sprache auf der Webseite der Delegation unter der Rubrik «[Aktivitäten](#)» eingesehen werden.

Da die Delegation bereits in der Nähe von Genf war, nutzte sie diese Sitzung zudem, um sich über die Tätigkeiten des Flughafens Cointrin im Rahmen der «Union des aéroports français et francophones associés» zu informieren.

4 Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die APF ist eine wichtige Kontaktstelle für die Bundesversammlung, insbesondere im Dialog mit den afrikanischen Parlamenten, für welche die Frankophonie eine Plattform von höchster Bedeutung darstellt. Von den 88 Staaten und Regierungen der Frankophonie stammen 31 aus West-, Zentral- oder Nordafrika.

Langfristig wird die politische Bedeutung des frankophonen Afrikas innerhalb der OIF und anderer internationaler Gremien weiter zunehmen – dies aufgrund von drei Faktoren: Erstens deuten Trends auf ein besonders starkes Bevölkerungswachstum in Afrika hin und man geht davon aus, dass dieses anhalten wird. Zweitens dürfte der Anteil der Französischsprachigen in Afrika zunehmen, da Französisch in zahlreichen afrikanischen Ländern Unterrichtssprache ist und die Kinder allgemein und bedingungslos Zugang zur Grundbildung haben. Zu guter Letzt dient die OIF immer häufiger als



Dialogplattform im Vorfeld von UNO-Verhandlungen, wodurch sie und auch Afrika auf dem internationalen Parkett an Bedeutung gewinnen.

Die Delegation ist der Auffassung, dass sie bestens positioniert ist, den Dialog mit den Parlamenten des frankophonen Afrikas zu verstärken – dies umso mehr, als sie durch den Vorsitz der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur grossen Einfluss auf diese Länder hat.

Die Förderung des dualen Bildungssystems, die Prävention von gewalttätigem Extremismus, die Bekämpfung des Menschenhandels, das Engagement für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe oder die Bekämpfung von Lebensmittelverlusten im Rahmen der Agenda 2030 sind Themen, die auch fester Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik sind und für die sich die Delegation auf internationaler Bühne einsetzt. Die Delegation ist darum bemüht, bei all diesen Themen dank einer guten Vorbereitung klar, koordiniert und konstruktiv zu kommunizieren. So kann sie sich als einer der wichtigsten Akteure in der APF positionieren. Da sie eine hohe Wirksamkeit anstrebt, richtet sie ihre Arbeiten langfristig aus und arbeitet mit den zuständigen Verwaltungseinheiten des Bundes oder mit verwaltungsexternen Expertinnen und Experten zusammen, um die nationale Umsetzung der auf internationaler Ebene ergriffenen Massnahmen zu überprüfen.

Im Jahr 2020 wird die Delegation ihre Arbeiten zu Lebensmittelverlusten und Lebensmittelverschwendung abschliessen. Sie wird zudem weiterhin für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe eintreten. Darüber hinaus wird sie auch andere mögliche Handlungsbereiche erkunden und sich weiterhin dezidiert für die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien ebenso wie für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Dank dem grossen politischen Gewicht, welches die Delegation in der APF hat, dürfte sie über die nötige Legitimität verfügen, um sich im Rahmen von Beratungen besonders heikler nationalpolitischer Situationen Gehör zu verschaffen.

Zu guter Letzt bereitet sich die Delegation darauf vor, das jährliche Treffen des APF-Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria in Genf auszurichten. Dieses wird voraussichtlich am 3. und 4. September 2020 stattfinden und die Gouvernanz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria sowie die Gouvernanz von UNAIDS zum Thema haben.